



Wir fragen dabei nach ihrer Wirkung auf die Stabilität der Gesellschaften.

Ein weiterer Schwerpunkt ist zivilgesellschaftliche Partizipation und die damit verbundenen Einflüsse auf die Stabilität in der Region. Wir untersuchen verschiedene Akteure wie NGOs, religiöse und zivilgesellschaftliche Organisationen und befassen uns mit Bürgern, die sich anderweitig an politischen Prozessen beteiligen. Anfang 2015 erhebt ISSICEU in einer quantitativen Umfrage Einstellungen zu Partizipation in der Bevölkerung von Armenien, Aserbaidschan und Georgien im Südkaukasus sowie Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und Dagestan im Nordkaukasus. Hier wird insbesondere eruiert, inwiefern religiöse Ansichten diese Einstellung prägen.

Zwei Themenkomplexe widmen sich den Dynamiken zwischen den Kaukasusgesellschaften und Einflüssen der weiteren Region auf den Kaukasus. ISSICEU forscht zu den wirtschaftlichen Interaktionen und deren Beitrag zur Stabilität bzw. Instabilität im Kaukasus. Weiterhin stehen transgesellschaftliche Verbindungen auf der Mikroebene, wie Kleinhandel, Arbeitsmigration oder Einflüsse von Diaspora im Fokus, sowie ihr Einfluss auf soziale Kohäsion und regionale Stabilität. Mit Blick auf die geographische Nachbarschaft widmet sich ISSICEU vor allem der Rolle der Türkei und des Irans.

ISSICEU verbindet Forschungen zum Nord- und Südkaukasus, um den Kaukasus in seiner Gesamtheit zu erfassen. Wir tragen dabei sowohl der Diversität der Region als auch den starken Verbindungen in der Region Rechnung. ISSICEU forscht zu den völkerrechtlich anerkannten Staaten sowie den Sezessionsgebieten Abchasien, Südossetien und Bergkarabach.

Um die Innovationskraft multidisziplinärer Ansätze zu nutzen, vereint das Konsortium Politikwissenschaftler, Ökonomen, Anthropologen, Humangeographen, Soziologen, Historiker und Religionswissenschaftler. Das dreijährige Projekt wird bis Dezember 2016 laufen. Während dieser Zeit werden die Forscher von ISSICEU verschiedene wissenschaftliche Artikel, zwei Sammelbände sowie diverse Policy Papers veröffentlichen. ISSICEU organisiert zudem mehrere öffentliche Podiumsdiskussionen in den Ländern der Konsortiumsmitglieder. Informationen zu öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen des Projekts finden Sie auf [www.issiceu.eu](http://www.issiceu.eu).

## Es steht mehr auf dem Spiel als Satire

*Monika Bolliger ist SGMOIK-Mitglied, studierte Geschichte und Islamwissenschaft in Zürich und ist NZZ-Korrespondentin in Kairo (zuvor in Jerusalem und Tel Aviv). Der Artikel gibt ihre persönliche Meinung wieder.*

Wer für etwas stirbt, was er gezeichnet hat, stirbt für die Meinungsfreiheit, ungeachtet dessen, ob man sein Werk gutheisst oder nicht. In manchen Reaktionen auf die Morde gegen Charlie Hebdo scheint jedoch ein «aber» mitzuschwingen: «Ja, natürlich verurteilen wir den Mord aufs Schärfste, aber wir möchten auch fragen, ob Satire wirklich alles darf, ob es wirklich ein Beitrag für die Meinungsfreiheit ist, wenn man sich über eine Minderheit lustig macht.» Das klingt, ungewollt, nach Relativierung, als ob man die Zeichnungen hätte verbieten sollen und die Opfer ihren Tod selbst verschuldet hätten. Satire darf alles, zumindest aus rechtlicher Sicht. Und über Geschmack lässt sich streiten.

### Xenophobe und die Kaida profitieren

Zur Produktion der Karikaturen gibt es an dieser Stelle kein Wenn und Aber. Wer ausgerechnet die Morde zum Anlass nimmt, zu fragen, ob die Karikaturen denn rassistisch waren, impliziert unweigerlich, dass die Tat zu rechtfertigen sein könnte. Es gibt jedoch gute Gründe, über die Reproduktion der Karikaturen in Reaktion auf das Attentat nachzudenken. Die naheliegendste Antwort der Solidarität mit den getöteten Zeichnern ist es, ihr Werk, für das sie ermordet wurden, zu publizieren. Jetzt erst recht – wir lassen uns nicht einschüchtern, das sollte die Nachricht sein. Aber vielleicht sollten wir uns nicht von Zorn und Trauer blenden lassen. Vielleicht sollten wir besser nach den möglichen Folgen des Attentats fragen. Diese könnten erstens, ähnlich wie nach dem 11. September, unter Berufung



auf die öffentliche Sicherheit mehr staatliche Überwachung und Einschränkung der persönlichen Freiheiten bedeuten. Und zweitens nimmt der Hass auf muslimische Minderheiten in Europa noch mehr zu.

Damit gewinnen die Rechtsextremen wie auch die Kaida, die mehr junge muslimische Männer rekrutieren kann, wenn sich diese ausgeschlossen und erniedrigt fühlen. Sowohl die xenophoben Parteien als auch die radikalen Islamisten sind Feinde des Liberalismus, den jetzt alle verteidigen wollen. Mehr gefährdet als die Meinungsfreiheit ist die pluralistische Gesellschaft. Wider erste Impulse ist es kaum ein weiser Akt, Mohammed-Karikaturen als Antwort auf die Tat hochzuhalten und das Recht auf Blasphemie in einer Art Massenritual zu zelebrieren. Das spielt den Rechtsextremen in die Hände, die bereits «Muslime raus» schreien, und den islamistischen Fundamentalisten, welche die Spaltung der Gesellschaft ebenso begrüssen. Um das Recht der Meinungsfreiheit einschliesslich der Publikation von Witzen über den Glauben einer Minderheit zu verteidigen, müssen wir uns nicht mit diesen Witzen identifizieren.

### **Solidarität mit aufklärerischer Religionskritik**

Abgesehen davon handelt es sich bei den Zeichnungen nicht um Religionskritik im aufklärerischen Sinne, auf die sich jetzt alle berufen. Religionskritik richtete sich in Europa einst gegen eine mit der Staatsmacht verbandelte Kirche, gegen «die da oben» also. Wer sich heute in Europa über den Islam mokiert, veräppelt dagegen eine ohnehin geächtete Minderheit. Im Sinne der aufklärerischen Religionskritik wäre es angebrachter, sich mit dem saudischen Blogger Raif Badawi zu solidarisieren, der öffentlich für Religionskritik ausgepeitscht wird: Da, wo die Religion des Islam tatsächlich von den Mächtigen instrumentalisiert wird – in Saudiarabien, einem Bündnispartner des Westens, dessen Verurteilung der Morde gegen Charlie Hebdo heuchlerischer nicht sein könnte. Von Leuten wie Badawi könnte eine islamische Säkularisierungsdebatte ausgehen, die von Autokraten wie den Saudi verhindert wird. Selbstgerechte Appelle von Nichtmuslimen, «die Muslime» müssten endlich «ihren Extremismus» (zu

dessen Entstehen auch der Westen beigetragen hat) überwinden, sind kontraproduktiv. Und es ist auch nicht wahr, dass «unsere westliche Zivilisation» ihre Kämpfe bloss mit der Schreibfeder austrägt – siehe Irak, Jemen, Gaza, und sonst noch ein paar Länder, von denen so einige muslimisch sind.

Wenn Europäer Muslime sich dazu überwinden können, sich mit den toten Karikaturisten zu solidarisieren und die Witze, die sie auf ihre Kosten machen, hinnehmen können, ist das hilfreich gegen die gesellschaftlichen Gräben, welche das Attentat zu vertiefen droht. Leichter wird es gläubigen Muslimen dann fallen, Charlie's Spott hinzunehmen, wenn Europäer sie endlich als Teil von Europa anerkennen. Das hat nichts mit Kulturrelativismus zu tun. Wir müssen dazu keine frauenfeindlichen Gesetze einführen. Die meisten muslimischen Europäer respektieren genauso wie die meisten nichtmuslimischen Europäer die europäischen Rechtsordnungen. Wer das nicht tut, wird bestraft. Wer aber liberale Werte verteidigen will, soll Menschen als Individuen betrachten, egal was ihr Glaube ist, und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Keine Frau soll mitleidig oder feindselig angeschaut werden, nur weil sie ein Kopftuch trägt. Niemand soll bei Bewerbungsverfahren diskriminiert werden, nur weil sein Vorname Mohammed ist.

### **Muslime sind genauso Individuen wie alle Mitbürger**

Es wäre auch einfacher für Muslime, wenn es weniger Doppelmoral gäbe. Eine gute Übung ist es, in despektierlichen Aussagen über Muslime das Wort «Muslim» durch «Jude» zu ersetzen. Viele pauschal gemachte Aussagen über Muslime wären dann nicht mehr salonfähig, und zu Recht. Genauso wie es sich nicht gehört, jüdische Mitbürger für Menschenrechtsverletzungen Israels verantwortlich zu machen, sind Muslime nicht dafür verantwortlich, wenn irgendwo auf der Welt jemand Köpfe abschneidet und behauptet, er handle im Namen des Islam. In Paris ist auch ein muslimischer Polizist unter den Toten – und in Frankreich arbeiten mehr Muslime bei den Sicherheitskräften als für die Kaida. Das Attentat von Paris bedroht das liberale Gesellschaftsmodell – und nicht die Freiheit, respektlose Witze über den Glauben einer Minderheit zu reissen.